



Volksblatt

Amtliches Publikationsorgan ■ 120. Jahrgang, Nr. 220

VERBUND / SÜDOSTSCHWEIZ

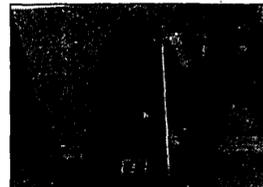
Redaktion und Verlag: Feldkircher Str. 5, 9494 Schaan, Telefon (075) 237 51 51 · Fax Redaktion/Verlag (075) 237 51 55 · Fax Inserate (075) 237 51 66
Telefon Sportredaktion (075) 237 51 71 E-Mail-Adresse / flvobla@flvobla.LOL.li · Internet-Adresse: http://www.lol.li/Volksblatt



MOBIL-EXTRA

VW: Das erste Dreiliter-Auto

Auf dem Automobil-Salon '98 in Paris stellt Volkswagen das erste Dreiliter-Auto der Welt (Lupo) vor. Seite 9



WIRTSCHAFT

Devisenhandel wieder erlaubt

In Russland wurde ein Devisenhandelsstopp verfügt. Seit gestern dürfen sie wieder handeln. Seite 11

TAGESSCHAU

«... und ein Glaube ans Gute»

Wie abgemacht, Sie aus der Pfalz, er aus Mauren, begegnen sich in der Schweiz. «Er ist's – sie ist's!» Heute leben Patricia und Paul Matt mit ihren zwei kleinen Kindern in Mauren – Patricia als «Ausländerin». Drei Monate Leben kann Sebastian vorweisen, gesunder kleiner Kerl, er habe schon «früh gelacht». Seite 5

Diskussionen um die Schulreform

Nichts löst im Moment heftigere Diskussionen aus als die neue Schulreform, die sich in der Vernehmlassung befindet. Die Meinungen sind verschieden, welches sind Argumente dafür oder dagegen? Näheres auf der Seite 6

Vorstand einstimmig gewählt



Gestern wurde in Vaduz die ordentliche Delegiertenversammlung des Liechtensteiner Fussballverbandes abgehalten. Bei der Wahl des neuen Vorstandes (Bild) gab es dabei keine grossen Überraschungen, die zur Wahl vorgeschlagenen Personen wurden einstimmig gewählt. Lediglich in der Budgetfrage kam es zu einer knappen 8:7-Entscheidung. Gestartet wurde die Versammlung im Gasthof Löwen mit einem filmischen Beitrag über die erfolgreiche Qualifikation für die EM-Endrunde der U16-Auswahl. Seite 13

«Das geht uns einen Dreck an»

«Der Bundesrat kann aufatmen», heisst es, nachdem die Schweiz in einer Abstimmung vergangenes Wochenende die leistungsabhängige Verkehrsabgabe (LSVA) angenommen hat. Chauffeure und Speditionen atmen erst einmal tief, wenn sie an die erheblichen Mehrkosten denken. Wir befragten hiesige Unternehmen, was dies für Liechtenstein bedeutet. Von Eberle Transporte, Triesenberg, wurden wir bei unserer telefonischen Anfrage an die Gewerbe- und Wirtschaftskammer verwiesen. Seite 7

Solidarität mit Bergbevölkerung

Über 83 Millionen Franken hat die Schweizer Patenschaft für Berggemeinden in den letzten 5 Jahren gesammelt und vermittelt – und damit ein Investitionsvolumen von über 332 Millionen Franken für dringend benötigte Infrastrukturprojekte in finanzschwachen Berggemeinden ermöglicht. Seite 10

«Kämpfe im Kosovo beendet»

Die Nato hat am Montag mit grosser Skepsis auf das von der serbischen Regierung verkündete Ende ihrer Offensive im Kosovo reagiert. Man erwarte konkrete Handlungen und nicht nur Ankündigungen, sagte ein hoher Nato-Vertreter in Brüssel. Auch das internationale Komitee vom Roten Kreuz (IKRK) reagierte mit «Vorsicht» auf die Ankündigung. Seite 19

Unterschreiben Sie die Volksinitiative jetzt!

Das FBPL-Präsidium möchte die Initiative in die Oktober-Sitzung des Landtags bringen

Die Unterschriftensammlung für die FBPL-Initiative ist am Wochenende angelaufen. FBPL-Präsident Dr. Norbert Seeger ist zufrieden mit dem Start und den bereits zusammengekommenen Unterschriften: «Viele haben bereits unterschrieben. Mein Aufruf an alle: Unterschreiben Sie die Initiative jetzt!»

Warum gerade sofort unterzeichnen? FBPL-Präsident Dr. Norbert Seeger weist darauf hin, dass es der FBPL nicht darauf ankommt, möglichst viele Unterschriften zusammenzubringen, sondern möglichst bald die notwendige Unterschriftenzahl einreichen zu können, damit die Initiative noch in der Oktober-Sitzung des Landtags behandelt werden kann. Nach dieser zeitlichen Planung wäre Gewähr dafür gebo-

ten, dass der Staat bereits ab Jahresbeginn 1999 die Krankenkassen-Prämien für bestimmte Versicherungsgruppen ganz oder teilweise übernimmt – als soziale Massnahme vor allem für Familien mit Kindern, für Rentner, für Alleinerziehende mit niedrigem Einkommen, für Arbeitslose, für Lehrlinge und Studenten.

«Wir sind in Liechtenstein in der glücklichen Lage, dass wir die Mehrwertsteuererhöhung, die wir aufgrund zwischenstaatlicher Abmachungen im Gleichschritt mit der Schweiz auf Beginn des Jahres 1999 vornehmen werden, im Unterschied zur Schweiz nicht brauchen», betonte FBPL-Präsident Norbert Seeger in einem Zeitungsbeitrag. Dabei geht es nicht einfach um eine Geldverteilung, sondern um eine sozialpolitische Sofortmassnahme: «Wir crachten es als richtig, diese nicht benötigten Mittel dem



FBPL-Präsident Dr. Norbert Seeger: «Unterschreiben Sie jetzt die Volksinitiative!» (Bild: Pro Colora)

Volk auf sinnvolle Weise zurückzuerstatten».

Es geht bei der FBPL-Volksinitiative nicht um ein Gegenstück zu der

von der Regierung beabsichtigten Gesundheitsreform. Im Gegenteil, die Reform des Gesundheitswesens wird auch von der Bürgerpartei als dringend notwendig erachtet.

Eine grundlegende Reform ist aber eine langfristige Angelegenheit, die nicht von heute auf morgen realisiert werden kann. Bis zu dieser Verwirklichung will die FBPL die Versicherten nicht warten lassen, weil immer mehr Menschen die stetig gestiegenen und weiter steigenden Krankenkassenprämien nicht mehr oder nur unter grossen Entbehrungen bezahlen können.

Nur wenn die Initiative auch zustande komme, unterstreicht der FBPL-Präsident, könnten die Ziele auch erreicht werden. «Unterschreiben Sie die Volksinitiative jetzt», so der Aufruf des Parteipräsidenten, «Sie unterstützen damit eine soziale Gesellschaftspolitik, und die betrifft uns alle». (G.M.)



SPD verhandelt mit Grünen

BONN: Einen Tag nach seinem triumphalen Wahlsieg hat der designierte deutsche Bundeskanzler Gerhard Schröder die Weichen für seine künftige Regierung gestellt. Nach seiner Empfehlung beschloss der Vorstand der Sozialdemokraten (SPD), am Freitag Koalitionsverhandlungen mit den Grünen aufzunehmen. Sowohl SPD wie Grüne vermieden es, Hinweise auf die personelle Besetzung von Schröders Kabinett zu geben. Die bisherige Regierungskoalition aus Christdemokraten (CDU/CSU) und Liberalen (FDP) kündigte eine starke Opposition an. Im Bundestag kommen SPD und Grüne auf insgesamt 345 Sitze. Seite 18

Bosnier werden weggeschickt

Rückkehr für bosnische Kriegsvertriebene laut Regierung zumutbar

Die Regierung erachtet die Rückkehr von Flüchtlingen aus Bosnien als zumutbar. Die Prüfung der Anträge habe ergeben, dass die noch in Liechtenstein weilenden Kriegsvertriebenen bei einer Rückkehr nach Bosnien mit keiner asylrelevanten Verfolgung zu rechnen haben. Gleichzeitig erachtet die Regierung die Rückkehr nach Bosnien als zumutbar, selbst wenn der Herkunftsort durch andere Volksgruppen besetzt und für die Rückkehrer nicht zugänglich ist.

Liechtenstein hat in den vergangenen Jahren mehr als 350 Kriegsvertriebenen aus Bosnien-Herzegowina vorübergehend Schutz gewährt. Ziel dieser vorübergehenden Aufnahme war es, heisst es in einer gestern veröffentlichten Stellungnahme der Regierung, den Menschen solange Schutz zu gewähren, bis eine

Rückkehr ins Herkunftsland keine unzumutbaren Risiken mehr birgt.

Die Regierung hat bereits im November 1997 beschlossen, die vorübergehende Aufnahme der bosnischen Kriegsvertriebenen auf den 30. April 1998 aufzuheben. Den noch im Lande anwesenden Flüchtlingen wurde daraufhin die Möglichkeit angeboten, sich im Rahmen eines von der Regierung finanzierten Wiederaufbauprojekts für die Rückkehr anzumelden.

Die Instandsetzungsarbeiten des Wohnraums für die zur Teilnahme entschlossenen Personen begannen im Sommer 1997 und bereits im November reiste eine erste Gruppe von 23 Bosniern und Bosnierinnen aufgrund dieses angebotenen Pilotprojekts nach Sanski Most aus. In den Folgeprojekten wurde versucht, vermehrt auf die individuellen Be-

dürfnisse der potentiellen Rückkehrer einzugehen, doch fand das Angebot nur schlechte Akzeptanz bei den verbliebenen Bosniern. Gerade 21 Personen haben das Angebot in Anspruch genommen. Im Februar 1998 genehmigte die Regierung einen Kriterienkatalog, aufgrund dessen Anfang Mai 50 Personen, deren Rückkehr nach Bosnien als nicht zumutbar erachtet wurde, die Aufenthaltsbewilligung erteilt wurde. Diese 50 Personen, die eine Jahresaufenthaltsbewilligung erhielten, sind Kriegswitwen mit betreuungsbedürftigen Kindern, Folteropfer und Zeugen vor dem Kriegsverbrechertribunal, Lehrlinge und Studenten bis zum Abschluss der Ausbildung, gefährdete Personen sowie besondere humanitäre Härtefälle.

Im Mai 1998 erhielten die noch anwesenden und grundsätzlich aus-

reisepflichtigen Kriegsvertriebenen nochmals Gelegenheit, zur Frage der Rückkehr Stellung zu nehmen und dem Flüchtlingskoordinator einen Termin für ihre Ausreise bekannt zu geben. Die Flüchtlinge, die sich nicht für die Rückkehr angemeldet hatten, plädierten dabei auf einen weiteren Verbleib in Liechtenstein und konnten oder wollten keine Ausreisetermine festlegen. Ihre Anträge auf weiteren Verbleib wurden daraufhin nochmals geprüft, insbesondere ob asylrechtlich relevante Argumente vorgebracht wurden. Nach Prüfung dieser Anträge wird die Fremdenpolizei nun in den nächsten Tagen damit beginnen, denjenigen, für die eine Rückkehr zumutbar erscheint, und die nicht unter den Kriterienkatalog fallen, Wegweisungsverfügungen zu schicken.